

## Die Vorlagen für den ungarischen Reichstag.

Budapest, 24. November. (Privattelegramm.) Dem am 30. d. zusammentretenden ungarischen Abgeordnetenhaus wird die Regierung Gesetzesvorlagen über die sechsmonatige Indemnität, über die 87-Millionen-Kronen-Unterstützung an die Staatsbeamten, die Errichtung der Geldinstitutszentrale, die Aenderung des Konkursgesetzes, die Ergänzungen der Kriegsgesetzgebung, die Ergänzungen der Kriegsgesetze über die Bestrafung der Preistreibereien, die Rezeption des Pfams, die Verlängerung der Geltungsbauer des Industrieförderungsgesetzes und endlich über die behördliche Versorgung der Bergwerks- und Handelsarbeiter, ferner mehrere Verordnungen, darunter eine über den Zwangsausgleich außerhalb des Konkurses, unterbreiten. Die Gesetzesvorlage betreffend die Abundung der künstlichen Preisverteuerung will der Geltendmachung von Angebot und Nachfrage kein Hindernis in den Weg legen, wendet sich aber mit großer Strenge gegen jene, die durch den Krieg verursachte Schwierigkeiten zu selbstsüchtigen Zwecken ausbeuten und die Preistreiberei auf künstlichem Wege mittelbar oder unmittelbar fördern. Die Gesetzesvorlage will nicht bloß den Verkäufer, der zu Preisen über den Höchstpreisen verkauft, sondern auch jene bestrafen, die auf Verabredung durch unbegründete Anhäufung von Waren zur Preisverteuerung beitragen, und will mit Amtsverlust und dem Verluste der bürgerlichen Rechte gegen jene vorgehen, die von den Gerichten solcher Handlungen schuldig befunden wurden.